

Firmenchef Johannes Ankner (Mitte) verliert nun vermutlich auch noch die letzten fünf Asylbewerber, die bei ihm arbeiten. Zwei afghanische und zwei nigerianische Mitarbeiter haben die Ablehnung bereits bekommen, nur ein Bescheid steht noch aus. Elfriede Beck (Zweite von links) fühlt sich als ehrenamtliche Helferin ebenso ratlos wie ihre hauptamtliche Kollegin Sieglinde Jacob (rechts), die bei der Gemeinde Dasing angestellt ist. Foto: cal



## „Schluss mit Schönreden“

Johannes Ankner verliert zehn Mitarbeiter wegen negativer Asylbescheide

Von Carina Lautenbacher

Dasing - Fast alle Flüchtlinge, die bei der Firma Ankner Metallbau im Dasinger Ortsteil Lindl arbeiten, sollen in ihre Heimatländer zurück. „Top-Leute“, wie ihr Chef Johannes Ankner sagt. Engagiert, integriert und jetzt verängstigt und frustriert. Johannes Ankner hat die Nase vom System gestrichen voll. „Alle reden von Integration, aber keiner hilft. Jetzt muss endlich Schluss sein mit Schönreden. Es muss eine Lösung her.“

Er hat viele Flüchtlinge als Praktikanten beschäftigt und diejenigen, die sich bewährt haben, angestellt (die AZ berichtete). Das waren zwölf Männer, von denen zwei sich aus eigenem Antrieb in der Zwischenzeit nach einem anderen Job umgesehen haben. Alle anderen von den „super Jungs“ haben einen Ablehnungsbescheid bekommen, nur einer wartet noch. Fünf sind schon weg, die anderen fünf noch da.

Einen hat Ankner zum Schweißer ausgebildet. Einer sollte den Führerschein machen (was auch vor der Ablehnung nicht ging). Einer hat nach zwei Jahren einen unbefristeten Arbeitsvertrag be-

kommen - nichts davon relevant für das Asylverfahren.

Grotesk auch die Situation der Senegalesen, für die im vergangenen Jahr ein Arbeitsverbot erlassen wurde, weil sie aus einem sogenannten sicheren Herkunftsland stammen. Bei Ankner arbeitete einer, der dann ausreisepflichtig wurde, aber keinen Pass hatte. Seine Botschaft wollte ihm auch keinen aushändigen.

Jetzt sitzt er in seiner Unterkunft, kann nicht abgeschoben werden und darf den Job, den er haben könnte, nicht ausüben. Stattdessen lebt er von staatlicher Unterstützung. „Dabei wollten wir ihn unbedingt behalten.“

Johannes Ankner kann nicht begreifen, dass keine Unterscheidung getroffen wird zwischen denen, die hier keinem auf der Tasche liegen und anderen, die sich viel weniger Mühe geben. Denn mit Sieglinde Jacob und Elfriede Beck ist er sich einig, dass es auch Flüchtlinge in Dasing gibt, die abgeschoben werden sollten - etwa weil sie kriminell sind.

*Einer wurde in der Firma zum Schweißer ausgebildet, einer hat einen unbefristeten Arbeitsvertrag*

Doch die Entscheidung obliegt allein dem Bundesamt für Migration, das im vergangenen Jahr knapp 300 000 Anträge entschieden hat. Hier gilt der Regel- und nicht der Einzelfall.

Selbst Sieglinde Jacob, die das Procedere besser kennt als viele andere und von der Gemeinde Dasing zur Betreuung der Asylsuchenden angestellt wurde, kann das System kaum noch verstehen. „Ich war einmal bei einer Anhörung dabei. Das war beinahe ein Verhör. Minutiös wurde ab-

gefragt, was sich wann vor drei Jahren auf der Flucht ereignet hat. Aber dass der Mann einen Arbeitsvertrag hatte, interessierte niemanden.“ Und wenn die Deutschen das System nicht mehr verstehen, wie sollen es die Asylbewerber? Jedes Indiz werfen sie aus. Einer wollte keine Ausbildung anfangen, weil ein Landsmann kurz nach Ausbildungsbeginn den Ablehnungsbescheid bekommen hat.

Johannes Ankner ärgert sich auch über einen anderen Aspekt

für seinen rund 60 Mitarbeiter großen Betrieb: Erst werde man bejubelt, weil man sich um Integration kümmere. „Aber was das für unseren Laden bedeutet, wenn acht Leute auf einmal weg sind, interessiert keinen.“ Jobcenter, Handwerkskammer, IHK, Landratsamt - „Die brauchen mir keinen mehr schicken. Das tut doch gleich zweimal weh, wenn man zu den Leuten Kontakt aufbaut und mit ihnen arbeitet und dann allein dasteht.“

Einer seiner Mitarbeiter hat begonnen, sich selbst zu verletzen. „Der hat mir zum Geburtstag noch eine Gitarre geschenkt und ein paar Tage später kam der Ablehnungsbescheid. Er war so fertig, dass er nicht mehr arbeiten konnte.“

Die viel zitierte Bürokratie erscheint da als kleines Problem, ist aber trotzdem eines. Während einer der Mitarbeiter gegen den Ablehnungsbescheid klagte, lief seine Gestattung aus, die dann durch eine Duldung ersetzt wurde, die wiederum mehrfach verlängert werden und eigens den Besuch der Arbeitsstätte erlauben muss - da sind der Flüchtling, seine Betreuer und sein Arbeitgeber eine Weile mit beschäftigt.

### KOMMENTAR

## Asyl-Bürokratie stößt an Grenzen

Von Carina Lautenbacher



Wenn über eine Million Asylanträge abgearbeitet werden müssen, geht das nicht im Einzelfallverfahren. Das geht nur mit Routinen. Allerdings müssen diese Routinen so gut funktionieren, dass das Ergebnis zumindest in der Regel korrekt ist. In Dasing ist das gerade ganz und gar nicht der Fall - und das auf mehreren Ebenen.

Arbeitskräfte, die gewollt sind und gebraucht werden, sollen gehen (es sei denn der Staat scheidet an ihrer Abschiebung). Unternehmer wurden gebeten, gelockt und gefordert, den Geflüchteten eine Chance zu geben. In der hauseigenen Zeitung der Handwerkskammern wurde Johannes Ankner dafür hochge-

lobt. Jetzt hat er ein knappes Dutzend Mitarbeiter umsonst ausgebildet. Wer den Unternehmer kennt, weiß: Er wird es verschmerzen. Aber nur weil das Geschäft nicht in die Knie geht, macht es den Systemfehler nicht kleiner.

Dreieinhalb Jahre lebten die Afghanen, Nigerianer und andere Flüchtlinge in Dasing. Viele haben sich um Arbeit bemüht und sie gefunden. Klar: Sie haben alle wissen müssen, dass der fehlende Bescheid negativ ausfallen kann. Doch wer alles getan hat, was die Behörden und die Helfer wollten, der versteht die Welt trotzdem nicht mehr. Und die Helfer verstehen sie auch nicht.

Doch am schlimmsten zeigen sich am Beispiel Dasing die eigentlichen Fluchtursachen, denen selbst eine perfekte Bürokratie nicht beikommen kann: Menschen, die solche Angst haben, nach Hause zu gehen, dass sie lieber sterben wollen. Denen es nicht hilft, wenn ihr Heimatland als sicheres Herkunftsland eingestuft wird, wenn kriminelle Schleuser ihnen oder ihrer Familie an Leib und Leben wollen. Oder wenn Familien ihre

ganze Hoffnung und auch ihre fordernde Erwartung in die ent sandten jungen Männer setzen. Wenn es den Weg zurück für die verlorenen Söhne Afrikas und der arabischen Welt nicht gibt, wird ein Ablehnungsbescheid zu einem Drama. Eine psychosoziale Ausnahmesituation, die die Betroffenen überfordert und die Helfer erst recht. Hier geht es nicht mehr um organisatorische Strukturen, sondern um humanitäre.

Das Bundesamt für Migration funktioniert noch immer im Bewältigungsmodus und die Politik wird von den Krisenherden der Welt vor sich her getrieben. Doch der Fall Dasing zeigt, wie schnell es sich rächt, die Antwort auf die Fragen von morgen nicht zu haben. Ausländerrecht hin, politische Raison her: Jeder kann an

diesen Fällen ablesen, dass etwas schief läuft.

Es muss nach Spielraum für sozialverträgliche und individuelle Lösungen für die Beteiligten gesucht werden - zu denen im Übrigen durch die Schar der Freunde und Helfer, der Behördenmitarbeiter und Arbeitskollegen weit mehr Einheimische als Fremde gehören. Eine schwere Aufgabenstellung, gewiss. Angehen muss man sie trotzdem.

Zumal weitere Probleme kommen, die nicht durch Routinen gelöst werden können. Wie werden wir in drei, vier, fünf Jahren damit umgehen, dass die Asylberechtigten vielleicht wieder in ihre Heimatländer zurückgehen können? Was tun wir mit den Menschen, die dann Berufskollegen, Mitschüler oder Freunde geworden sind? Ob wir wollen oder nicht, ob wir die Kapazitäten haben oder nicht - diese Aufgabe hat sich nun einmal vor unsere Tür gestellt.

Ein Dutzend Einzelfälle in einer Gemeinde sind keine Ausnahme mehr.

*Ohne individuelle und humanitäre Entscheidungen geht es nicht*